


Der Regionaldirektor	
Drucksache Nr.: 14/2136	

	20.05.2025
Beschlussvorlage	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen	vorberatend	10.06.2025	
Verbandsausschuss	vorberatend	23.06.2025	
Verbandsversammlung	beschließend	04.07.2025	

**Betreff: Angelegenheiten der Business Metropole Ruhr GmbH
- Änderung des Gesellschaftsvertrages**

Beschlussvorschlag

1. Die Verbandsversammlung stimmt vorbehaltlich der positiven Anzeigenbestätigung des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Business Metropole Ruhr GmbH gemäß beige-fügter Synopse zu.
2. Der Gesellschaftervertreter des RVR wird beauftragt, alle für die Änderung des Gesellschaftsvertrages erforderlichen Beschlüsse zu fassen sowie die erforderlichen Unterschriften zu leisten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche mit der Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen. Für den Fall, dass sich redaktionelle Änderungen ergeben oder dass sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch Urkundspersonen, die Genehmigungsbehörde oder das Registergericht Änderungen ergeben, wird die Verwaltung ermächtigt, diese Änderungen vorzunehmen, soweit dadurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht beeinträchtigt wird.

Begründung:

Mit der vorgelegten Synopse wird der mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 28.06.2024 (DS Nr.: 14/1550) an die Verwaltung erteilte Auftrag umgesetzt, die Gesellschaftsverträge der RVR-Beteiligungen im Hinblick auf die Regelungen des 3. NKFWG zur Aufstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen anzupassen und die geänderten Vorschriften der Gemeindeordnung NRW (GO) einzuarbeiten. Ziel der vorzunehmenden

Änderungen ist es u. a., die Gesellschaften, die keine großen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Handelsgesetzbuches (HGB) sind, über gesellschaftsvertragliche Regelungen zu verpflichten, ihren Jahresabschluss weiterhin wie große Kapitalgesellschaften aufzustellen und prüfen zu lassen, sie aber von der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD; EU-Richtlinie 2022/2464) zu befreien.

Die EU-Richtlinie ist in Deutschland bisher nicht in nationales Recht umgesetzt worden; die Richtlinie selbst ist von Unternehmen nicht unmittelbar anzuwenden. Für die Beteiligungsgesellschaften des RVR wird somit zum jetzigen Zeitpunkt keine Pflicht zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts begründet. Zwischenzeitlich hat die Europäische Kommission ein Gesetzespaket zur Reduktion verschiedener Berichtspflichten (Omnibus-Paket) vorgelegt, aus dem sich Erleichterungen für eine große Anzahl kommunaler Unternehmen ergeben könnten. Die bisher abgestimmten Änderungen in den Gesellschaftsverträgen sind dennoch sinnvoll, da sie erfolgte Änderungen in der Gemeindeordnung NRW (GO) aufgreifen.

Des Weiteren ist es erforderlich, in den Gesellschaftsverträgen entsprechende Formulierungen zu streichen, zu ändern beziehungsweise neue Regelungen zu ergänzen, um eine rechtskonforme Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge zu erreichen und an die geänderten Regelungen in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO) anzupassen.

Der Regionalverband Ruhr ist alleiniger Gesellschafter (100 %) der Business Metropole Ruhr GmbH. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft (Sitzung am 26.03.2025) hat die Änderungen beraten und der Gesellschafterversammlung der BMR den Beschluss über die Änderungen empfohlen. Die Gesellschafterversammlung (Sitzung am 26.03.2025) hat vorbehaltlich der Beschlussfassung in der RVR-Verbandsversammlung sowie der Bestätigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde der Änderung in der vorgelegten Form zugestimmt.

Die Gesellschaft ist nach den Größenkriterien des Handelsgesetzbuches eine kleine Kapitalgesellschaft; sie muss demzufolge nach der CSRD keinen Nachhaltigkeitsbericht erstellen.

Dies vorausgeschickt wird der Verbandsversammlung die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Business Metropole Ruhr GmbH (Synopsis - **Anlage 1**) zur Beschlussfassung vorgelegt.

Finanzielle und haushaltmäßige Auswirkungen sowie Folgewirkungen:

1. Teilergebnisplan Kostenstelle _____; Kostenträger _____;

Teilergebnisplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Erträge					
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen					
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe (Eigenanteil)					
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Erträge					
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen					
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe					
Abweichungen ¹					

2. Teilfinanzplan Kostenstelle _____; Kostenträger _____; Investitions-Nr. _____

Teilfinanzplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Einzahlungen					
Auszahlungen					
Summe (Eigenanteil)					
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2026	2027	2028	2029 ff.
Einzahlungen					
Auszahlungen					
Summe					
Abweichungen ¹					

¹ Positiver Wert = Nachveranschlagung bzw. Deckung erforderlich

3. Auswirkungen

- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist nicht erforderlich (**Haushaltsverbesserung/-neutralität**).
- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist erforderlich (**Haushaltsverschlechterung**). Erläuterungen siehe unten.
- Folgewirkungen sind in dem o. g. Bedarf berücksichtigt.

Erläuterungen:

4. Bilanz

Veräußerungsgewinne bzw. -verluste können gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO NRW zu zusätzlichen finanziellen Auswirkungen in der Bilanz führen.

- Keine Auswirkungen, weil keine Veräußerungsgewinne bzw. -verluste entstehen.
- Die finanziellen Auswirkungen aus Veräußerungsgewinnen bzw. -verlusten werden in den Erläuterungen dargestellt.

Erläuterungen:

5. Klima-Check

(Leitfaden und Formular befinden sich im Intranet)

- Der Klima-Check wurde bei der Beschlussvorlage durchgeführt.
- Es ergeben sich keine klimarelevanten Auswirkungen.
- Es ergeben sich positive oder negative klimarelevante Auswirkungen.
Die Erläuterungen dazu werden im Klima-Check-Formular in der Anlage dargestellt.
- Durch einen Alternativvorschlag bei negativen Auswirkungen entsteht
 - kein Mehraufwand
 - Mehraufwand, und zwar: _____ €.

Sachbearbeiter/in	Referat / Referatsleiter/in	Bereich / Beigeordnete/r	Regionaldirektor Garrelt Duin
Hoppe, Axel-Bernhard	Holtmann, Thomas	Bereich II Wirtschaftsführung	
Akt.zeichen		Schlüter, Markus	